

Protokoll FG Wohnungsnotfallhilfe

Datum: 28. Oktober 2020 (Videokonferenz)

Zeit: 9.30 – 11.30 Uhr

TOP 1 Begrüßung und Organisatorisches

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen findet die Sitzung ausschließlich in Form einer Videokonferenz statt. Frau Radlbeck begrüßt die Teilnehmenden und erläutert den organisatorischen Ablauf.

TOP 2 Protokollabstimmung der letzten Sitzung vom 17.09.2020 und Ergänzung der Tagesordnung

Das Protokoll vom 17.19.2020 wird ohne Änderungen / Ergänzungen verabschiedet.

TOP 3 Wohnungsnotfallhilfe in Zeiten von Corona: Information und Austausch

Vor dem Hintergrund der am Nachmittag stattfindenden Länderkonferenz und der zu erwartenden verschärften Pandemie-Maßnahmen erfragt Frau Radlbeck den aktuellen Bestand und notwendige Bedarfe bei den Trägern. Zudem hat Frau Radlbeck die Möglichkeit, am 2.11.2020 gemeinsam mit den LIGA Geschäftsführern an einer Videokonferenz mit Senatorin Breitenbach zum Thema Kältehilfe teilzunehmen und dort Rückmeldungen der Träger zu Problemlagen einzubringen:

Notübernachtung strassenfeger:

- Eine Umsetzung der Hygieneregeln erweist sich als schwierig, zunehmend werden Mitarbeitende in Zwischenschichten eingesetzt, um die Essensausgabe und den Einlass zu unterstützen bzw. das Warteschlangenmanagement zu koordinieren und sich im Umgang mit „schwierigen“ Gästen zu unterstützen.
- Vor der Pandemie wurden Gäste mit Erkältungs- bzw. Grippesymptomen aufgenommen, damit diese sich auskurieren können. Jetzt müssen diese Gäste abgewiesen werden, um Mitarbeitende und andere Gäste vor einer Infektion mit Covid 19 zu schützen.
- Seitens des Gesundheitsamtes gibt es kaum bzw. keine Unterstützung.
- Zur Umsetzung der Teststrategie durch Schnelltests ist bekannt, dass sich Klient*innen tagsüber in der Quarantäneeinrichtungen der Berliner Stadtmission testen lassen können und dass auch Klient*innen mit Symptomen aufgenommen werden. Allerdings ist die Platzkapazität begrenzt: (16 Plätze, Aufnahme bisher nur durch Zuweisung Gesundheitsamt.) Problematisch ist, dass die Teststationen nur tagsüber erreichbar sind, viele Obdachlose aber nachts in die Anlaufstellen kommen, auch mit Symptomen. Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

Verpflegung obdachloser Menschen:

- Derzeit können weitaus weniger Menschen verpflegt werden als vor der Pandemie, da aufgrund der Schutz- und Hygienebestimmungen Plätze reduziert werden mussten, die vorhanden Räume zu klein sind und nicht ausreichend Räume bzw. Plätze zur Verfügung stehen.
- Vorschlag: Leere Räume im stillgelegten Flughafen Tegel, Messehallen, etc. als Zweitnutzung für niedrigschwellige Tages- und Aufenthaltsangebote umwidmen. Ggf. bei Konzertveranstaltern anfragen

Beispiele der anwesenden Trägern zur Zusammenarbeit mit Gesundheitsämtern, Behörden, SpD, o.a.:

- Verdachtsfälle in einer ASOG-Unterkunft, die lt. Anweisung des Gesundheitsamtes unter Quarantäne gestellt werden sollten, haben Quarantäne aufgrund von psychischen Problemen nicht eingehalten. Vom Gesundheitsamt gab es keine Unterstützung, sondern den Hinweis, in solchen Fällen vom Hausrecht Gebrauch zu machen
- Gesundheitsämter reagieren selbst auf Mails mit erheblichen Verzögerungen.
- Forderung: Gesundheitsämter müssen 24/7 erreichbar sein.

- Lohnfortzahlung wurde in Quarantänefällen abgelehnt. Problematik wird vom Verband an aufgegriffen und an zuständige Stellen in Politik und Verwaltung geleitet.
- Neukölln: Klient*innen mit höherem Betreuungsbedarf können nur noch unzureichend betreut werden. Keine Unterstützung vom SpD in Neukölln.

Frau Schwabow empfiehlt, in solchen Fällen Einzelvereinbarungen abzuschließen, wenn aus Kapazitätsgründen keine Steuerungsrunden etc. stattfinden können. Frau Radlbeck stimmt sich hierzu mit Kollege Referat Psychiatrie Herrn Brohl-Zubert ab. (Nachtrag zum Protokoll: Wir empfehlen gemeinsam mit dem/der Klient*in einen Antrag auf Eingliederungshilfe aufgrund seelischer Behinderung schriftlich zu stellen und dringenden Handlungsbedarf anzumelden. Den Antrag unbedingt auch an den/die zuständige Psychiatriekoordinator*in zur Kenntnis zu leiten.

Frau Radlbeck weist darauf hin, unbedingt weiterhin Cov-19-Fallzahlen in den Projekten an die Verwaltung und an den Paritätischen Wohlfahrtsverband zu melden.

Empfehlungen, Maßnahmen und Anlagen zum Umgang mit Cov-19-Infektionen in Einrichtungen der EGH und WLH etc. finden Sie auf der Website des Landes Berlin:

<https://www.berlin.de/sen/soziales/service/vertraege/massnahmen-fuer-die-angebote-der-eingliederungs-und-wohnungslosenhilfe-915652.php>

Corona Schnelltests für Pflege, EGH und WLH

In einer Sondersitzung der AG Testung im Land Berlin mit Sen. Kalayci wurde die Umsetzung der Nationalen Teststrategie und die Versorgung der Einrichtungen mit den sogenannten Corona-Schnelltests im Land Berlin erläutert. Im ersten Schritt werden die Einrichtungen der stationären Pflege beliefert, nachfolgend die Einrichtungen der ambulanten Pflege. Die Testungen müssen von geschultem Personal vorgenommen werden, im Bereich Pflege ausschließlich Pflegefachkräfte. Im Anschluss daran sollen die Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Wohnungsnotfallhilfe usw. mit den Testungen versorgt werden.

Nach Rücksprache mit dem Krisenstab SenIAS/SenGPG soll im Bereich der Wohnungslosenhilfe der Focus der Teststrategie auf niedrigschwelligen Einrichtungen mit hoher Fluktuation liegt.

Mitarbeitende der Kältehilfe, Notübernachtung, ASOG sollen geschult werden, um Testung durchzuführen (Abnahme und Auswertung). Frau Radlbeck bleibt diesbezüglich mit dem Krisenstab in Kontakt und verweist auf die Notwendigkeit auch in den stationären Angeboten der Wohnungslosenhilfe nach §§ 67 ff. SGB XII Tests zur Verfügung zu stellen. Näheres zum weiteren Vorgehen folgt. Frau Schwabow (HvD) unterbreitet den Vorschlag, dass die Testungen in den medizinischen Ambulanzen vorgenommen werden. Frau Radlbeck nimmt den Vorschlag mit in die Videokonferenz mit Sen Breitenbach zum Thema Kältehilfe am 02.11.2020.

Aktion Händewaschen (Christian Fender, Albatros gGmbH)

Um einen niedrigschwelligen Zugang zu Waschmöglichkeiten für Hände und Gesicht zu ermöglichen, haben die Mitgliedsorganisationen des AK Wohnungsnot eine unkonventionelle Lösung gefunden: Apotheken, Praxen, Buchläden, Büros etc. stellen wohnungslosen Menschen dabei ihre Sanitäranlagen kostenfrei für kleinere Hygienemaßnahmen zur Verfügung. Teilnehmende Betriebe lassen sich an einem Aufkleber erkennen, der gut sichtbar an Tür oder Schaufenster angebracht ist. Interessierte finden weitere Informationen dazu unter <https://www.ak-wohnungsnot.de/news/aktion-haendewachen>.

Der Aufkleber und die Info-Postkarte befinden sich im Anhang zum Protokoll. Beides kann über mail@ak-wohnungsnot.de bestellt werden und wird dann mit der Post versendet. Die Akteure freuen sich über weitere Unterstützung bzw. Werbung für die Aktion in Geschäften in der Nachbarschaft. Die Aktion wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband unterstützt. Frau Radlbeck schlägt vor, die Stadtteilzentren in die Aktion einzubeziehen und vermittelt einen Kontakt.

Des Weiteren wurde vorgeschlagen, auch die medizinischen Ambulanzen mit einzubinden.

Allgemeinverfügung zur Isolation

Nach Neukölln und Mitte ziehen aktuell alle Bezirke nach, d.h. bei einer Mitteilung durch das Gesundheitsamt oder auf Veranlassung des Gesundheitsamtes müssen sich Kontaktpersonen

Kategorie I, von Verdachtspersonen und von positiv auf das Coronavirus getestete Personen unverzüglich in häusliche Isolation begeben, sofern keine andere Anordnung des Gesundheitsamtes erfolgt. So können z.B. die Gesundheitsämter den Arbeitgeber anrufen und bitten, alle Angestellten, die Kontaktperson der Kategorie I sind, zu informieren, dass sie sich in häusliche Isolation begeben sollen. Damit in einem solchen Fall die Einrichtungen eine saubere Kommunikation einhalten, haben wir die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) gebeten, ein Formular zu entwickeln, welches gegenüber Mitarbeitenden genutzt werden kann. (siehe Email von Frau Radlbeck vom 21.10.2020).

Sämtliche Bezirke in Berlin werden in den nächsten Tagen die Allgemeinverfügung zur Kommunikation zwischen dem Gesundheitsamt und Kontaktpersonen übernehmen. Dieses Vorgehen wird von Gesundheitssenatorin Kalayci erläutert und ist nachzuhören unter folgendem Link:

<https://www.n-tv.de/mediathek/videos/panorama/Kalayci-erlaeutert-neuen-Corona-Kurs-in-Berlin-article22120027.html>

TOP 4 Zuwendungen ISP

- Seitens der LIGA gibt es eine AG zur **Verwaltungs- und Gemeinkostenpauschale** (VGK). Hier wird versucht, eine einheitliche Pauschale umzusetzen. Es wurde ein Positionspapier an das Land Berlin geschickt mit Forderung auf Erhöhung auf 12%. Das Papier ist nicht öffentlich.
- **Koopremium ISP** fand am 13.10.2020 statt. Die Mehrbedarfe bestehender Angebote wurden nicht weiter thematisiert, das ist ein gutes Zeichen! Zur Tarifanagleichung wurde gesagt, dass die Prüfungen bisher nicht abgeschlossen sind und die endgültigen Bescheide erst nach abgeschlossener Prüfung erteilt werden können. Land Berlin thematisierte, dass es bei der Erstellung der Anträge für 2021 zu Fehlern auf beiden Seiten gekommen sei, diese werden behoben.
- **PG Wohnungslosenhilfe ISP** findet am Freitag, den 30.10. statt. Dazu war Frau Radlbeck bereits mit den Zuwendungsempfängern in Kontakt.
- Verleihung **Goldene Keule** von gangway e.V.: Preis für den obdachlosenfeindlichsten Ort Berlins, 24.01.2021 wird von gangway e.V. + Grips-Theater in einem Gala-Abend verliehen. Auf diese Art soll auf die unterschiedlichen Methoden der Verdrängung, die zum Teil sehr subtil, manchmal aber auch sehr offensichtlich stattfinden, aufmerksam gemacht werden. Unterstützung erwünscht: Welche Orte sollten für diesen Preis nominiert werden? Es wird eine Vorauswahl getroffen und die Nominierten auf dem Gala-Abend vorgestellt. Eine Fachjury, vorwiegend aus obdachlosen Menschen wird den Gewinner ermitteln. Vorschläge mit kurzer Begründung bitte an: goldenekeule@gangway.de Weitere Unterstützung durch Mitzeichnung der Aktion gegen die Vertreibung obdachloser Menschen erbeten.

TOP 5 Entgelte/BRV Soziales

Beschluss 1/2020 KO 80: Mit Wegfall der Bestimmungen in der 6. InfSchV sind die Regelungen des Beschlusses 1/2020 entfallen und durch Beschluss der KO 80 aufzuheben. Der Paritätische hat das Land Berlin aufgefordert einen vergleichbaren Beschluss zu fassen, damit auch zukünftig eine modifizierte Leistungserbringung und der Leistungstypübergreifende Personaleinsatz möglich bleibt! Sobald ein neuer geeinter Beschluss vorliegt, werden wir diesen kommunizieren.

AG Leistung: KdU im UGH/KRI Stand Verhandlung Land Berlin: Beide Parteien sind sich einig, dass die Leistungstypen 72UGH und die 72KRI stationäre Einrichtungen sind. Offen bleibt die Frage, ob die Leistungsberechtigten (LB) im UGH oder KRI „leben“ und damit die Gesamtverantwortung zur Lebensführung nicht beim LE liegt oder ob die LB im UGH oder KRI „untergebracht“ sind mit der Folge, dass nur noch ein Anspruch auf den Barbetrag gem. § 27 b SGB II bestehen würde und die HzL und der Anspruch auf Leistungen zur Eingliederung in Arbeit wegfallen würde. Das Land Berlin wird die Positionen intern diskutieren und rechtzeitig vor der nächsten Sitzung an die LIGA kommunizieren. Ziel: Beschlussfähige Abstimmung für die KO 80 bis 25.11.20. Bis dahin wird das

Land Berlin ein Rundschreiben für das UGH Lehrter Straße der Stadtmission an die Bezirksämter leiten.

BRV Soziales

Die Redaktionsgruppe zum BRV (Vertreter*innen Land und LIGA) überarbeitet den aktuellen BRV. Es werden hauptsächlich formale Fehler beseitigt. Eine inhaltliche Klarstellung in § 9 (2c) wird eingearbeitet. Damit wird künftig eindeutig geregelt, dass der Träger der Sozialhilfe im Falle von im Haushalt lebenden Kind/ern das Jugendamt informiert. Sobald die redaktionelle Änderung der BRV über die Kommission 80 bestätigt wurde, leiten wir Ihnen den Vertrag zu.

Digitale Kommunikation mit den Bezirksämtern

Eine datenschutzkonforme Übermittlung sensibler Daten an die Bezirksämter ist per End-to-End Verschlüsselung möglich, sofern die Bezirksämter eine einheitliche Verschlüsselung anbieten und das Zertifikat an die Träger übermitteln. Dies wird aber aus den unterschiedlichsten Gründen von den Bezirksämtern nicht umgesetzt.

Das Thema **Digitale Übermittlung sensibler Daten unter Beachtung des Datenschutzes** ist ein größeres Thema, das bedauerlicherweise keine einfachen Lösungen impliziert. Frau Radlbeck wird sich gemeinsam mit Herrn Fender nochmals dazu verständigen und bittet darüber hinaus um sachdienliche Hinweise. (siehe hierzu auch Protokoll vom 17.09.2020, TOP 5 Entgelte)

TOP 6 Externe Gremien

Liga FA Wohnungslosenhilfe / QSD:

keine weiteren zusätzlichen Informationen, als in der heutigen FG bereits thematisiert

Runder Tisch medizinische und zahnmedizinische Versorgung obdachloser Menschen

- Die Erfassung von medizinischen Versorgung erfolgt stichtagsbezogen einmal im Jahr im November.
- Das Konzept für eine gesamtstädtische Versorgung wohnungsloser Menschen wurde erstellt. Derzeit Prüfung, ob Konzept tragfähig ist.

lak FG wohnungslose Menschen

- Erklärvideo analog zur Broschüre der lak zum Thema Mietschulden und drohender Wohnungslosigkeit wird aktuell vertont. Nach Fertigstellung werden die Träger informiert.
- Erneute Befragung der Sozialen Wohnhilfen zum Umgang mit Räumungsklagen und zur Umsetzung des Fachstellenkonzepts im Bezirk soll noch im November verschickt werden.

Fair Mieten fair wohnen

Die drei aktuellsten Broschüren zu folgenden Themen finden Sie im Anhang zum Protokoll:

- Wohnen nach dem Strafvollzug
- Diskriminierung Alleinerziehender auf dem Wohnungsmarkt
- Queer Wohnen Berlin - Diskriminierungsfreie Zugänge fördern, vielfältige Wohnformen sichern

AK Wohnungsnot:

- findet das nächstes Mal am 3.11.2020 erstmals online statt
- Themen:
 - o Vernetzung Kältehilfe und Ehrenamtliche
 - o Vorstellung der mobilen Teams
 - o Vorstellung Wohnungsbaugesellschaft aus Burg (Sachsen-Anhalt)

TOP 7 Verschiedenes

Kältehilfeeinrichtungen:

- Einrichtungen aufgrund der Pandemie nur zu 50% belegbar
- Auskunft von Frau Breitenbach, Finanzierung sei gesichert, um eine größtmögliche Entzerrung zu realisieren. Ziel ist 1000 Plätze zum 01.11.2020 vorzuhalten.
- Gelder wurden von den Bezirken durch unterschiedliche Zuständigkeiten noch nicht abgerufen und an die Träger weitergegeben
- steigender Bedarf an Einrichtungen, die bei Bedarf Plätze aufstocken können
- kein neuer Stand bei 24/7 Einrichtungen

Hauptstadtzulage

Am 8. September 2020 hat der Senat die Hauptstadtzulage beschlossen. Demnach erhalten Beschäftigte des Landes Berlin und der landeseigenen Betriebe ab dem 1. November 2020 monatlich 150 Euro mehr Gehalt. Auf diese Ungerechtigkeit macht der Paritätische Landesverband in einer Postkartenaktion gemeinsam mit seinen Mitgliedern aufmerksam. In einem ersten Schritt wurden 100.000 Protestpostkarten an KITAS freier gemeinnütziger Träger verteilt und unterschrieben am 27.10. den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus überreicht.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat das Land Berlin aufgefordert, die Zahlung der Hauptstadtzulage schnellstmöglich einzustellen. Es wurde aktuell beschlossen, dass das Land Berlin die TdL verlassen muss. Dieser Beschluss sei zunächst ausgesetzt, um Berlin die Möglichkeit zu geben, die Abweichung innerhalb der nächsten fünf Jahre rückgängig zu machen. Sollte das Land Berlin die Zulage über die derzeitige Befristung bis zum 31. Oktober 2025 hinaus fortzahlen oder erneut gegen die Satzung der TdL verstoßen, muss das Land Berlin die TdL endgültig verlassen. Vorläufig verliert Berlin sein Stimmrecht.

Termine 2021

Es wurde vorgeschlagen, die FG Wohnungsnotfallhilfe im kommenden Jahr jeweils Dienstagvormittag durchzuführen. In Abhängigkeit des Infektionsgeschehens werden die Treffen entweder online oder face to face im Bürgerzentrum Neukölln stattfinden. Nach Festlegung der Termine werden diese an die Fachgruppe versendet.

Wie auch in den vergangenen Jahren, würde Frau Dr. Schlimper gern in einer der nächsten FG-Sitzungen kommen und sich mit den FG-Mitgliedern austauschen.

Nächster Termin

Das nächste Treffen findet am 26.11.2020 um 9.30 Uhr wiederum ausschließlich online (zoom) statt. Die Zugangsdaten und Tagesordnung werden rechtzeitig versendet.

Anlagen:

- Postkarte und Aufkleber Aktion Händewaschen
- Broschüren fair mieten fair wohnen

Berlin, 04. November 2020



i. A. Daniela Radlbeck
Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik
Paritätischer Landesverband Berlin e.V.